

Kurzinformationen

Die Ansprachen des Papstes in der Weihnachts- und Neujaarszeit galten dieses Jahr vor allem einem Thema: dem Frieden. Am 18. Dezember (vgl. Osservatore Romano 18./19. 12. 72) richtete er seine jährliche Friedensbotschaft zum Weltfriedenstag an die Öffentlichkeit. In ihr verurteilte er mit Nachdruck die Zunahme von Gewalt im nationalen und internationalen Leben und wies auf die *Ansteckung der Jugend durch Gewaltideologien* hin. Seine traditionelle Ansprache an das Kardinalskollegium vom 22. Dezember (vgl. Osservatore Romano, 23. 12. 72) war fast ausschließlich dem Frieden gewidmet. Er erwähnte nur eingangs die innerkirchliche Situation, die er als „Krise des Gehorsams“ kennzeichnete. Nach den Krisenherden (Vietnam, Naher Osten und Nordirland) erwähnte Paul VI. zum ersten Mal *Albanien* in Form eines indirekten Appells an die dortigen Machthaber, die totale Verfolgung bzw. Unterdrückung der Katholiken und der Religion überhaupt aufzugeben. Es war, wie der Papst sagte, ein Ruf „gegen alle Hoffnung“. Seiner letzten Audienzansprache vor Weihnachten (vgl. Osservatore Romano, 21. 12. 72) folgte ein Appell zu Vietnam, in dem er die „unvorhergesehene Wiederaufnahme harter und schwerwiegender Kriegshandlungen“, nachdem alle „an den Beginn einer friedlichen Lösung des Konflikts“ geglaubt hatten, bedauerte. Nur die Weihnachtsbotschaft selbst, die er am ersten Weihnachtstag an die Welt richtete, und sein Ansprache bei der Feier der Mitternachtsmesse bei Stollenarbeitern in Sant' Oreste, nördlich von Rom, waren primär den religiösen Festgedanken gewidmet. Aber auch in der Weihnachtsbotschaft flocht er das Thema Frieden ein: Wörtlich sagte er: „Merkt Ihr denn nicht, daß Ihr, indem Ihr Gerechtigkeit und Frieden fördert, auf der Suche nach Ihm, nach Christus seid. Seht Ihr nicht, daß Ihr, wenn Ihr nach Befreiung trachtet, die nicht Feindin der Freiheit sein darf, Ihr von ihm träumt, Ihr ihn anruft.“ In seiner traditionellen Ansprache an das Diplomatische Korps (vgl. Osservatore Romano, 12. 1. 73) kam er, nachdem er in der Weihnachtszeit wiederholt besonders Vietnam angesprochen hatte, nochmals unter zwei Gesichtspunkten auf das Thema Frieden zurück: auf die Friedensförderung als besondere Aufgabe des päpstlichen Amtes und auf die friedensfördernde Funktion der *Internationalen Organisationen*. Diese seien aufgerufen, „Vernunft, Recht und Gerechtigkeit“ zu schaffen und wenigstens „mit einer Quasi-Einmütigkeit ein strenges und friedliches Gesetz“ durchzusetzen, das die internationalen Beziehungen regelt. Die *Machtaufteilung zwischen zwei oder drei Großmächten* wäre nach den Worten des Papstes „ein Rückfall und eine Gefahr“.

Die Konferenz der Kommission für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates der Kirchen in Bangkok vom 29. Dezember bis zum 8. Januar mit dem Thema „Heil der Welt — heute“ zeigte einen völlig neuen Stil und neue Schwerpunkte in der Ausrichtung. Das mit viel Voranschuborbeeren ausgestattete Unternehmen, mit dem eine Fülle von Hoffnungen für neue Impulse in der missionarischen Tätigkeit der Kirche verbunden waren, läßt sich nachträglich nur schwer genau einordnen. Die westlichen Teilnehmer und Beobachter erlebten die Beherrschung der Szene durch Teilnehmer aus der Dritten Welt, besonders aber durch Anhänger der „Black Theology“ aus den USA und Afrika. Asiatische Teilnehmer fühlten sich dadurch

wieder einmal von anderen in die Ecke gedrängt. Die Arbeit selbst war fast gänzlich kleinen *Arbeitsgruppen* überlassen, die Resolutionen verfassen konnten, die aber vom Plenum nur zur Kenntnis genommen und anschließend an die Adressaten weitergeleitet wurden. Lediglich zwei offizielle Ansprachen waren in das fast programmlose Konzept eingebaut. So sprach am 30. Dezember der Vorsitzende des Zentralaussschusses, der Inder *M. M. Thomas*, über das Thema „Heil“ und am 31. Dezember der neue Generalsekretär des Weltrates, *Philip A. Potter*, der einen Überblick über die Arbeit der Kommission für Weltmission seit der letzten Weltmissionskonferenz in Mexico 1963 gab. Ziel der Konferenz war es, die vielen verschiedenen Wege gemeinsam zu erörtern, durch die Menschen nicht nur in ihrem persönlichen Leben, sondern auch innerhalb der Gesellschaft das *Heil* erfahren. Insgesamt gab es drei Sektionen. Unter dem Stichwort Kultur und Identität ging es in erster Linie um die Fragen, die sich aus traditionellem christlichem Verhalten Menschen anderer Religionen und verschiedener Rassen und Kulturen gegenüber ergeben. Unter dem Thema Heil und soziale Gerechtigkeit diskutierte man eine „Welt gewaltsamen revolutionären Umbruchs“ und „Situationen wirtschaftlicher Ausbeutung“. Die Sektion Erneuerung der Kirchen in der Mission schließlich befaßte sich mit den neuen Beziehungen zwischen Kirchen auf der ganzen Welt. Begegnungen mit buddhistischen Gruppen und ein Einblick in die meditative Welt des Ostens rundeten das Programm ab. Der Grundtenor fast aller Diskussionen lief auf eine Distanzierung von den westlichen Kirchen wegen ihrer „Zugehörigkeit zu kolonialen Machtstrukturen“ und wegen ihrer personellen oder finanziellen Verzahnung mit ihnen hinaus. Die Kirche müsse sich überzeugender von der Verflechtung mit ungerechten Strukturen lösen und als „befreiende Kirche“ handeln. Solange dies nicht erreicht sei, könne sich die Notwendigkeit ergeben, vorübergehend auf finanzielle und personelle Hilfe aus dem Westen zu verzichten. Welches die „entscheidenden *Impulse für zeitgemäße Formen christlicher Verkündigung*“ waren, die nach Meinung Potters von der Konferenz ausgegangen sind, wird sich erst allmählich zeigen. (Wir werden auf die Konferenz noch ausführlicher eingehen.)

Eigene Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot der Studenten verabschiedete der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK auf seiner ersten Sitzung nach den Bundestagswahlen am 8. Dezember 1972. In einer Erklärung wird festgestellt, das Angebot an Wohnplätzen für die gegenwärtig insgesamt 600 000 Studenten in der Bundesrepublik, die bis 1975 auf 750 000 ansteigen werde, reiche bei weitem nicht aus. Die Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt wird als katastrophal bezeichnet. 1970 standen erst 60 000 *Wohnheimplätze* für Studenten zur Verfügung. Der Bedarf an Wohnheimplätzen (30% aller Studenten sollen nach dem „Düsseldorfer Wohnheimplan“ des Deutschen Studentenwerkes in Wohnheimen Unterkunft finden können) würde aber bis 1975 auf 225 000 steigen. Das bedeute bei den heutigen Baupreisen einen Finanzbedarf von mindestens 4 Milliarden DM. Da auch das Angebot an Wohnraum für Studenten von privater Seite bei weitem nicht ausreiche, fänden immer weniger Studierende eine Wohnung in zumutbarer Entfernung vom Hochschulort. Daher fordert die Erklärung: 1. Die Berücksichtigung der Wohnheimplanung bei der Neu-

gründung und beim Ausbau von Hochschulen. 2. Verstärkung der Wohnraumbeschaffung für Studenten auch im allgemeinen Wohnungsbau u. a. durch steuerliche Anreize. 3. Es soll für eine Anhebung der Darlehen und Zuschüsse für Bauträger gesorgt werden, damit diese auch neue Formen studentischen Wohnens entwickeln. 4. Staat und Kommunen werden aufgefordert, durch Bereitstellung geeigneter Grundstücke dazu beizutragen, die Baukosten von Studentenwohnungen zu senken. 5. Gefordert werden auch mehr Wohnungen für *Studentenehepaare*. In den Wohnheimen stünden bisher nur 1% der Plätze verheirateten Studenten zur Verfügung. Die Kirchen werden aufgerufen, sich besonders um die Wohnungsnot von studentischen Ehepaaren, besonders für solche mit Kindern, zu kümmern. In der Erklärung wird auch mitgeteilt, daß katholische Träger bisher rund 12500 Wohnheimplätze geschaffen haben und für ihren Bau bzw. für ihre Unterhaltung weit über 100 Millionen an Eigenmitteln aufgewendet haben. — Neben dieser Erklärung wurden auf der gleichen Tagung auch die *gesellschaftspolitischen Schwerpunkte* der künftigen Arbeit des ZdK diskutiert und über die anstehende Neuberufung von Beiräten und Arbeitskreisen beraten. In einem Bericht des Präsidenten, Minister *Bernhard Vogel*, wurde zum Ausgang der Bundestagswahl festgestellt, die Erklärung des ZdK zu Beginn des Wahlkampfes, sei nicht taktischen Überlegungen entsprungen und werde die Arbeit des ZdK auch in Zukunft bestimmen.

Die *Ausweisung europäischer Missionare aus Uganda* unterstreicht die seit längerer Zeit kursierenden Gerüchte, denen zufolge die christlichen Kirchen als nächste nach der Vertreibung der Asiaten aus diesem afrikanischen Lande (vgl. HK, September 1972, 428 f.) in das Schußfeld von General *Idi Amin* geraten würden. Wie mittlerweile bekannt wurde, ließ Amin am 5. Oktober durch den Botschafter Ugandas beim Vatikan eine Botschaft für den Papst überreichen, in der der General sich um eine Rechtfertigung der Politik gegen die Asiaten bemühte, die Frage der christlichen Mission aber mit keinem Wort erwähnt haben soll. Auch das vom 29. November datierte Antwortschreiben des Papstes enthält noch keinen Hinweis auf die für die Kirche Ugandas bedrohliche neue Entwicklung. Statt dessen betont Papst *Paul VI.*, daß er hoffe, alle anstehenden Probleme, die die Interessen der katholischen Kirche und des Staates Uganda betreffen, könnten in freundschaftlichem Kontakt und zur Zufriedenheit beider Seiten gelöst werden. Die katholische Kirche sei bereit, mit all ihren Möglichkeiten für das geistige und materielle Wohlergehen der Bevölkerung Ugandas einzutreten. Noch bevor der Papst-Brief am 4. Dezember vom Pro-Nuntius in Uganda, Erzbischof *Luigi Bellotti*, an Amin übergeben werden konnte, war bekanntgeworden, daß 58 weiße Missionare das Land zu verlassen hätten. Eingeleitet worden war diese Entwicklung durch die Aufforderung an alle ausländischen Missionskräfte, sich bei den Behörden zu melden und genaue Angaben zur Person zu machen. Dabei ergab sich, daß 1455 Missionare im Land tätig waren; 1293 davon waren katholisch. Nach der Überprüfung wurde den 58 Missionaren (55 Katholiken, 2 Anglikaner, 1 Protestant) mitgeteilt, sie hätten das Land unverzüglich zu verlassen, da sie nicht im Besitz gültiger Papiere seien bzw. als „falsche Missionare“ überführt seien, die in Wirklichkeit von außen eingeschleust und an strategisch wichtigen Punkten eingesetzt worden seien. Am 2. Dezember wurden Erzbischof *Emanuel Nsubuga* von Kampala und zwei weiße Bischöfe bei Amin vorstellig, um die Hinter-

gründe der fehlenden Aufenthaltsgenehmigungen zu erläutern und den General zur Aufhebung des Ausweisungsbeschlusses zu bewegen. Sie machten geltend, daß die Missionare mit Touristenvisa eingereist seien, und zwar teilweise schon 1969, trotz wiederholter Beantragung bisher aber von den Einwanderungsbehörden keine Genehmigung für eine Aufenthaltsverlängerung erhalten hätten. Amin bezweifelte in dem Gespräch, daß bei entsprechendem Antrag in der Vergangenheit eine solche Bitte abgeschlagen worden sein könnte. Im übrigen bewiesen die „militärische Ausbildung“ und die bei den Betroffenen gefundenen Waffen, daß es sich um aus Zaire eingeschmuggelte Agenten handele. Nachweislich hat die Mehrzahl der 58 Missionare jedoch noch nie den Boden von Zaire betreten.

Fast zur gleichen Zeit beschuldigte Amin den Erzbischof von Kampala, Agent Israels und Südafrikas zu sein. Am 19. Dezember empfing der General die sechsköpfige Sonderdelegation, die im Auftrag von Papst Paul VI. und unter Leitung des afrikanischen Sekretärs der Kongregation für die Evangelisation der Völker, Bischof *Bernardin Gantin*, nach Uganda gekommen war, um sich über die Lage der Kirche zu informieren und die weitere Ausweisung von Missionaren zu verhindern. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte Amin das Prinzip der Religionsfreiheit und bat sogar um die Entsendung von Ärzten. Er verwies auf Katholiken in Führungspositionen und erklärte, die Missionare könnten im Lande arbeiten, doch müsse die Kirche schneller „ugandisiert“ werden. Anschließend machte die Delegation eine Rundreise. Am 27. Dezember traf sie noch einmal mit Amin zusammen, der einen Brief an den Papst mitgab. Nur einen Tag später machte der General vor Militärseelsorgern klar, daß in kürzester Frist *alle* Missionare das Land zu verlassen hätten. In einer Ansprache zum Jahreswechsel fand er äußerst polemische Worte über die christlichen Kirchen und speziell über den Vatikan. Derzeit ist die Lage verworrener als zuvor.

Eine *Darstellung über die Hintergründe und den Ablauf der blutigen Ereignisse in Burundi* seit Ende April 1972 (vgl. HK, Juli 1972, 325 f.) gab der Erzbischof von Kabgayi in Ruanda, *A. Perraudin*, Anfang Dezember. Der Erzbischof sah sich zu diesem außergewöhnlichen Schritt einer eindeutigen Stellungnahme zu Vorgängen im Nachbarland veranlaßt, weil das Informationsministerium von Burundi seit einiger Zeit versucht, seine einseitige Interpretation des Massenmordes in Ruanda zu verbreiten. Die burundische Regierung nimmt dabei die jüngste Erklärung der Bischöfe Burundis zum Anlaß, ihnen Agitation gegen den Staat und Untergrabung der Autorität ziviler Behörden vorzuwerfen. Erzbischof Perraudin wendet sich in erster Linie an die Empfänger der Propagandabriefe aus Burundi, an die Priester und Schwestern Ruandas. Verständlich wird dieser Disput, wenn man berücksichtigt, daß in Ruanda und Burundi die gleichen Stämme leben, allerdings mit dem Unterschied, daß in Burundi weiterhin die Minderheit der Watussi herrscht, während sich in Ruanda die Bahutus bereits 1959 von der Minderheitenherrschaft befreiten. Tausende Watussi fanden 1962 Zuflucht in Burundi, nachdem in Ruanda ein Aufstand gescheitert war. Erzbischof Perraudin sieht sich verpflichtet, die ehrenrührige und unzulässige offizielle Stellungnahme Burundis entschieden zurückzuweisen (Wortlaut in: DIA, 6. 12. 72). Der Versuch der Informationsbehörden des Nachbarlandes, durch Hinweise auf die früheren Unruhen in Ruanda Parallelen zu ziehen und Ruanda zu attackieren, wird scharf zurückgewiesen. Die Greuel, die damals in Ruanda geschahen, sollten keineswegs abge-

schwächt oder vergessen werden, doch hätten sie mit den Vorgängen in Burundi nichts zu tun. Schließlich handele es sich in Burundi nicht um eine Stammesfehde und nicht um einen Bürgerkrieg, sondern eindeutig um einen von den zivilen Behörden geplanten Mord einer ganzen ethnischen Elite. — Die von einer UN-Sonderkommission zwischen dem 22. und 28. Juni festgestellten ungefähren Daten über das Ausmaß der Katastrophe verdeutlichen wohl am besten, was sich in Wirklichkeit zuge tragen habe: mindestens 80 000 Tote, 50 000 Witwen, Zehntausende Waisen, 40 000 Flüchtlinge in Zaire, 50 000 in Tansania, 1350 vermißte Schüler, von denen mit Sicherheit 604 getötet wurden (alles Bahutus), ein getöteter Watussi-, sieben Bahutu-Ärzte, 18 ermordete Priester und Schwestern. Man muß nach Meinung des Erzbischofs davon ausgehen, daß sich seit Juni die Zahlen erheblich vergrößert haben, denn: „Die Menschenjagd geht weiter: vor etwa einem Monat wurden rund fünfzig aus Tansania nach Makamba zurückkehrende Flüchtlinge einfach massakriert.“

Den Abbau von Hindernissen bei der Anpassung der Liturgie an chinesische Traditionen und Bräuche forderte der Generalvikar der Erzdiözese Taipeh auf Taiwan/Nationalchina, J. B. Hu. In der Novemberausgabe der in Taipeh erscheinenden Monatszeitschrift für die Priester Taiwans, „Vox Cleri“, betonte Hu, abgesehen von wenigen von Christus „vorgeschriebenen“ Riten, habe sich die Liturgie aus lokalen Ausdrucksformen der Verehrung entwickelt. Die vorherrschende „konservative Mentalität“, die jede Änderung der überlieferten Rituale fürchte, habe bisher eine Anpassung an die einheimischen Vorstellungen verhindert. „Die Liturgie ist aber für die Menschen da und keineswegs unveränderlich. Zudem kann sie

entsprechend der Zeit und dem Ort abgewandelt werden.“ Die meisten auch heute auf Taiwan gebräuchlichen liturgischen Formen seien einfach vom Westen übernommen worden, doch beharrten viele der Verantwortlichen auf strikter Einhaltung dieser gegebenen Riten. Am Beispiel des Kommunion-Empfangs machte er zudem deutlich, welche Doppelgleisigkeit sich inzwischen infolge dieses Beharrens ergeben habe. Während die Geistlichen von jeher die Kommunion stehend empfangen haben, gestatten die meisten von ihnen dies den Gläubigen nicht. Und bezüglich der Handkommunion bestehe auf Taiwan ein völliges Verbot dieser im Westen inzwischen vielfach geübten Praxis. Als Begründung nannte die Bischofskonferenz von Taiwan u. a. die Gefahr, die Hände einiger Katholiken könnten nicht sauber sein. Dies veranlaßt Hu zu der Frage, ob die Hände der chinesischen Katholiken wohl nicht so sauber seien wie die der Ausländer. Auch die Frage der Kniebeuge schnitt der Generalvikar an. Diese sei völlig untypisch für Chinesen und erscheine ihnen unverständlich. Bis heute sehe man überall in den Kirchen den geradezu komisch wirkenden Versuch der gläubigen Chinesen, mit einem eigenartigen Mittelgang zwischen Kniebeuge und Verneigung zurechtzukommen. Nichtchristen fragten immer wieder nach dem Sinn dieser Art von Ritus. Auch das Küssen des Altars oder des Meßbuchs stoße auf großes Unverständnis. (In China war das Küssen von Objekten niemals ein Zeichen des Respekts, und das Küssen in der Öffentlichkeit ist auch heute noch ein Tabu.) Auch die *Verpflichtung zum sonntäglichen Gottesdienst-Besuch* wird von den Chinesen nicht verstanden, da sie es gewohnt sind, traditionell nur an wenigen öffentlichen religiösen Verrichtungen anlässlich von größeren Festen teilzunehmen. Auch heute akzeptieren die Chinesen Gottesdienste an hohen kirchlichen Feiertagen, von der Notwendigkeit regelmäßiger Sonntagsmessen seien sie jedoch nicht überzeugt. (Der Artikel hat über die Grenzen Taiwans hinaus Diskussionen ausgelöst.)

Bücher

JÜRGEN MOLTMANN, *Der gekreuzigte Gott*. Das Kreuz Christi als Grund und Kritik christlicher Theologie. Chr. Kaiser Verlag München 1972. 320 S. Lw. 32.— DM.

Eine radikale Rückwendung in „dunkel gewordener Zeit“ zur vertieften Theologie des Kreuzes nach einem Lutherzitat. Ziel: „die fällige Revolution im Gottesbegriff“. Sitz im Leben: das atemberaubende Accelerando einer modernen Bergpredigt in Kap. VIII „Wege zur politischen Befreiung des Menschen“ aus den „fünf Teufelskreisen des Todes“ (Armut, Gewalt und Rüstungswettlauf, rassische wie kulturelle Entfremdung, industrielle Zerstörung der Natur, Sinnlosigkeit und Gottverlassenheit) mit den entsprechenden „Befreiungen“. Die sehr konzentrierte Reflexion über die Identitäts- und Glaubenskrise in der Kirche (Kap. I) führt zur Analyse „Der Widerstand des Kreuzes gegen seine Deutungen“ (Kap. II): das unreligiöse Kreuz in der Kirche und sein Kult (Vergegenwärtigung im Meßopfer, Leidensmystik, Kreuzesnachfolge). Die Einzigartigkeit des Todes Jesu wird mit großer Tiefe ermittelt, auch gegen Bultmann. Die Kreuzestheologie hat für Moltmann politische Folgen. Sie ist

eine „praktische Kampflehre“ gegen jegliche Vergötzung, um den Menschen aus den Unmenschlichkeiten zu befreien. Kap. III „Die Fragen nach Jesus“ zeigt das Unvermögen, ihn von einem metaphysischen Gottesbegriff her zu verstehen. Die Frage Jesu an die Jünger, wer er sei, erweist, daß die Exzentrik seines Daseins erst im Kreuzestod erfahren wird, den Gott mit ihm erleidet. Kap. IV „Der geschichtliche Prozeß Jesu“ klärt Unzulänglichkeiten altkirchlicher Christologie, die nicht die volle Realität der Gottverlassenheit im Tode Jesu, auch im Tod seiner Botschaft, „seine eigentliche Qual“, erkannte (142). Kap. V „Der eschatologische Prozeß Jesu Christi“ präzisiert die Erfahrung seiner Auferweckung. Sie scheidet jeden Gedanken an ein Leben nach dem Tode aus (157). Die „neue Schöpfung“ ist entscheidend. Kernstück ist Kap. VI „Der gekreuzigte Gott“, die Revolution im Gottesbegriff. Es präzisiert: „Er wurde ein Mensch, wie wir nicht sein wollen, ein Verfluchter“ (190). Jesu Tod ist nicht „Tod Gottes“, sondern nur „Tod in Gott“ (192). Radikale Kritik am christlichen Theismus begründet die konsequente trinitarische Theologie gegen traditionelle Christologie, die in die Nähe des Dokerismus geriet (214). Beachtenswert ist die Aus-